

Direction des Jurys de l'enseignement secondaire

Rue Adolphe Lavallée, 1

1080 Bruxelles

<http://www.enseignement.be/jurys>

jurys@cfwb.be

Tél : +32 (0)2 690 85 86

Jurys de l'enseignement secondaire – CESS général, technique et artistique de transition

Langue moderne I : Allemand Cycle 2021-2022/2

Articles servant de base à l'évaluation de l'expression orale

NB : les cinq articles doivent être lus et préparés. Deux seront tirés au sort lors de l'examen oral

1. Alles Gute für das Neue Jahr! Es werden märchenhafte Zeiten
2. Braucht es in der EU neue Atomkraftwerke, um die Klimaziele zu erreichen?
3. Deutschland stellt Atomkraftwerke ab und muss dafür Kernkraftwerke in der EU finanzieren
4. Nicht ohne mein Auto. Jetzt erst recht nicht.
5. Selbstdistanzierung

1. Alles Gute für das Neue Jahr! Es werden märchenhafte Zeiten

Das Rauchen aufzuhören, ist obsolet geworden in einer Gesellschaft der tugendhaften Nichtraucher und der schrumpfenden Minderheit der Raucher, die draußen in der Kälte stehen. Mehr Sport und weniger Kilos klingt heroisch. Immer schon. Aber seit wir gewaltsam zu Stallhasen degeneriert wurden, ist unser Freilauf auf die Distanz Kühlschranks-Netflixsessel reduziert; wie Zelleninsassen graben wir Schlurfsuren ins Parkett.

Sich mehr um die Familie kümmern ist ein zweifelhafter Rat in einer Zeit, in der wir eher an zu viel Nähe leiden als an zu wenig. Mehr lesen? Es hapert eher am Nachschub. Vielen Dank dafür an eine aufmerksame Leserin, die mich mit einer schönen Ausgabe von Stefan Zweigs „Schachnovelle“ beglückt hat: Ein Unbekannter schlägt den Schachweltmeister – er hat mit gefärbten Brotkügelchen und später nur mit der Kraft der Imagination mit sich selbst Schach gespielt; zuletzt waren die Lichtbalken zwischen den Gitterstäben seines Gefängnisses das Schachbrett. Bald sind wir so einsam wie dieser Insasse einer Haftanstalt, und wenn wir uns nicht mit uns selbst beschäftigen, werden wir wahnsinnig.

Corona bringt uns aus dem Lot. Vielleicht ist das der einzig wirklich gute Rat: sich nicht mehr daran zu halten. Vielleicht sind Angst, Sorge und Depression auch Einfallspforten für das hinterhältige Virus?

Verschreiben wir uns also am Besten selbst Fröhlichkeit, weil Depression und Angst von uns erwartet, verlangt wird und als neue gesellschaftliche Tugendhaftigkeit gelten soll. Verschreiben wir uns Feste, Freundschaft, Feiern, weil man es uns untersagen will. Der Mensch lebt nicht vom Kampf gegen das Virus allein; wir leben nicht vom Tod, sondern vom Tanz.

Wir leben eben in historischen Zeiten.

Egal ob Corona oder Klima, die regierende Politik scheint dem legendären Satz über das vietnamesische Dorf Ben Tre zu folgen, über das der befehlshabende US-Offizier im Vietnam-Krieg gesagt haben soll: „Wir mussten Ben Tre zerstören, um es zu retten“.

Sie zerstören pünktlich mit der Jahreswende unsere Energieversorgung, um uns zu retten. Sie verlängern Corona trotz aller sichtbaren Entspannung – und zerstören unsere Gesellschaft.

Wie kann man da fröhlich sein, optimistisch? Es kommt eben auf den Vergleich an, auf den Maßstab. Und längst ist diese bisherige Kurzzeit-Regierung nur noch mit märchenhaften Vergleichen zu fassen.

Greifen wir auf die Literatur zurück. Nachdem sie beim Bau des Rathauses die Fenster vergessen hatten, trugen die Schildbürger das Licht in Säcken und Fässern hinein. Das erinnert mich an unseren Energieminister Robert Habeck, übrigens in Literaturwissenschaften promoviert, der mehr Windräder zur Lösung der Energieknappheit bauen lässt, obwohl sie sich statistisch gesehen nur jeden fünften Tag drehen. Mehr Windräder, die sich nicht drehen, bringen mehr Licht ins Rathaus.

Im Schwäbischen nennt man ihn den Entenklemmer. Der klemmt und drückt der Ente in den Po, um festzustellen, ob die Ente in nächster Zeit ein Ei legen wird. Ist dies der Fall, darf die Ente nicht aus dem Stall heraus, damit das Ei nicht draußen im Freien verloren gehen kann. Erinnert Sie das nicht an Karl Lauterbach? Er drückt auf jeder Statistik herum, ob er nicht irgendwie eine steigende Inzidenz herauspressen kann. Denn ohne Corona wäre er in keiner Talkshow gelandet, kein Minister geworden – und nach Corona ist er so bedeutungslos wie vorher.

Oder der kluge Christian. Christian besucht Gretel, sie schenkt ihm eine Nadel, die er im Heuwagen heim bringt. Seine Mutter sagt, er hätte die Nadel an den Ärmel stecken sollen. Das tut er dann mit dem nächsten Geschenk, einem Messer. Er hätte es besser in die Tasche stecken sollen. So steckt er dann die Ziege in die Tasche. Dann zieht er ein Speckstück am Seil nach, wobei es die Hunde fressen, trägt ein Kalb auf dem Kopf, wobei es ihm das Gesicht zertritt. Was immer Christian Lindner anstellt – er macht es falsch auf seinem unvermeidbaren Weg an die Regierung; große Worte und Versprechungen, die daneben gehen.

So haben wir einen Kanzler, der deklamiert in seiner Weihnachtsansprache: „Wir brechen auf in eine neue Zeit.“ Man wäre schon zufrieden, wenn die Verwaltung der Gegenwart halbwegs funktionieren würde und die Brücken wieder befahren, der Strom wieder billiger und die Menschen wieder ihrer Arbeit und ihrem Leben nachgehen könnten. Er ist unauffällig an die Macht gekommen und geht damit um wie Hans im Jury – Oral LM I Allemand – CESS Général, technique et artistique de transition – Cycle 2021-2022/2

Glück mit seinem Klumpen Gold, der so drückt auf der Schulter und so schwer ist. Da tauscht er ihn gegen ein Pferd, das in eine Kuh, die Kuh für ein Schwein, das Schwein für eine Gans und die zuletzt für einen Stein – der ihm auf die Füße fällt. Olaf im Glück ist dabei, den Wohlstand des Landes einzutauschen; am Ende des Märchens ist Hans übrigens glücklich, denn er ist frei von jeder Last.

Merke: Manches Märchen und manche Literatur endet ja tröstlich. Wie Gottfried Kellers „Kleider machen Leute“. Der Schneider hochstapelt sich durch, fliegt auf, heiratet sich hoch und wird am Ende reich mit seinem Kleider-Atelier. Ähnlichkeiten mit einer Ministerin, als deren herausragendste Qualität ihr plissierter Rock von der *FAZ* gerühmt wird, sind historisch nicht verbürgt.

Und so erzählt sich auch die Geschichte der Bremer Stadtmusikanten. Der alte Esel soll geschlachtet werden. Deshalb flieht er und will Stadtmusikant in Bremen werden. Unterwegs trifft er nacheinander auf den Hund, die Katze und den Hahn. Sie alle sind alt, und es soll sich ihrer entledigt werden. Gemeinsam beschließen sie, sich als Stadtmusikanten durchzubringen. Auf ihrem Weg kommen sie in einen Wald und beschließen, dort zu übernachten. Sie entdecken ein Räuberhaus. Indem sie sich vor dem Fenster aufeinanderstellen und mit lautem „Gesang“ einbrechen, erschrecken und vertreiben sie die Räuber. Die Tiere setzen sich an die Tafel und übernehmen das Haus als Nachtlager, und der Räuber geht ihnen aus dem Weg.

Wo ist der Bezug zur Wirklichkeit? Wer ist der Räuber, wer sind Esel, Hund, Katze und Hahn? In Bremen ersetzen die Vier das Ampelmännchen. Und wenn Sie die richtige Antwort finden hinsichtlich des Wirklichkeitsbezugs, flüstern Sie diese bitte nur leise. Es könnte sein, dass Sie sonst als Verfassungsfeind gelten.

Von Roland Tichy Fr, 31. Dezember 2021

2. Braucht es in der EU neue Atomkraftwerke, um die Klimaziele zu erreichen?

Deutsche Nachbarländer wie Frankreich, Polen und die Niederlande sind davon überzeugt. Unterstützung bekommen sie nun aus Brüssel.

Die EU-Kommission von Ursula von der Leyen hat mit Plänen zur indirekten Förderung moderner Atom- und Gaskraftwerke für Entsetzen bei Umweltschützern und Kernkraftgegnern gesorgt.

Organisationen wie Greenpeace und die Deutsche Umwelthilfe warfen der Brüsseler Behörde am Wochenende vor, ein vollkommen falsches Signal zu setzen und ihre eigenen Klimaziele zu untergraben.

In Deutschland gab es angesichts des beschlossenen Atomausstiegs und der Abschaltung von drei Kernkraftwerken am Silvesterabend vor allem wegen der Kommissionspläne für ein grünes Label für bestimmte Investitionen in neue Akw und Laufzeitverlängerung Aufregung. Die „Hochrisikotechnologie“ Atomenergie als nachhaltig zu etikettieren, sei falsch, kommentierte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Der Atommüll werde die EU über Jahrhunderte belasten.

Kritik aus Deutschland: Absoluter Irrweg

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) sagte: „Atomkraft ist zu riskant, zu teuer und zu langsam, um der Welt beim Klimaschutz zu helfen.“ Baden-Württembergs Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) nannte den Vorstoß der EU-Kommission energie- und klimapolitisch einen absoluten Irrweg. In Deutschland wurden zum Jahreswechsel die Akw in Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen stillgelegt. Die drei allerletzten deutschen Akw bei Landshut, im Emsland und bei Heilbronn sollen zum Jahresende folgen.

Konkret sehen die Pläne der EU-Kommission vor, dass in Ländern wie Frankreich, Polen und den Niederlanden geplante Investitionen in neue Akw als nachhaltig klassifiziert werden können, wenn die Anlagen neuesten Technik-Standards entsprechen und ein konkreter Plan für eine Entsorgungsanlage für hoch radioaktive Abfälle spätestens 2050 vorgelegt wird. Zudem soll Bedingung sein, dass die neuen Anlagen bis 2045 eine Baugenehmigung erhalten.

Investitionen in neue Gaskraftwerke sollen insbesondere auf Wunsch Deutschlands ebenfalls als nachhaltig eingestuft werden können. Dabei würde zum Beispiel relevant sein, wie viel Treibhausgase ausgestoßen werden und ob sich die Anlagen spätestens 2035 auch mit grünem Wasserstoff oder kohlenstoffarmem Gas betreiben lassen können.

Die Einstufung von Wirtschaftstätigkeiten durch die EU-Kommission im Rahmen der sogenannten Taxonomie soll Anleger in die Lage versetzen, ihre Investitionen auf nachhaltigere Technologien und Unternehmen umzustellen, und so wesentlich zur Klimaneutralität Europas bis 2050 beitragen. Es wird damit gerechnet, dass sie weitreichende Auswirkungen hat, da sich als nachhaltig eingestufte Projekte deutlich leichter und günstiger finanzieren lassen dürften.

Deutschland braucht Gas, Frankreich Atom

Über den Umgang mit Atom- und Gaskraft wird bereits seit Monaten gestritten. So hat sich beispielsweise Deutschland gegen die Aufnahme der Atomkraft in die Taxonomie ausgesprochen, zugleich aber für ein grünes Label für Gas als notwendige Übergangstechnologie gekämpft. Für Länder wie Frankreich ist hingegen die Atomkraft eine Schlüsseltechnologie für eine CO₂-freie Wirtschaft. Auf die Einbeziehung von Gas hätte es verzichten können. Der Vorstoß der EU-Kommission wird deswegen von Kritikern auch als fauler Kompromiss und als Zugeständnis an die Interessen von Ländern wie Frankreich und Deutschland gesehen.

„Deutschland benötigt realistischere moderne Gaskraftwerke als Übergangstechnologie, weil wir auf Kohle und Kernkraft verzichten“, sagte Bundesfinanzminister Christian Lindner der „Süddeutschen Zeitung“. „Ich bin dankbar dafür, dass von der Kommission offenbar Argumente aufgegriffen wurden“, so der FDP-Chef. „Weitere Verbesserungen wären aus unserer Sicht denkbar.“ Zu den Plänen hinsichtlich der Atomenergie sagte er: Dass die Bundesregierung zum Thema Kernenergie eine andere Auffassung vertrete als die Kommission, sei bekannt.

Brüssel beschwichtigt

Aus der Brüsseler Behörde hieß es am Wochenende, die Taxonomie ermögliche es den Mitgliedstaaten, „sich von ihren sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen aus in Richtung des gemeinsamen Ziels der Klimaneutralität zu bewegen“. Daher könnten

auch Lösungen sinnvoll sein, die auf den ersten Blick weniger „grün“ erschienen. So könnten Investitionen in Erdgas und Kernenergie einen Beitrag leisten, den Wechsel zu Energiequellen mit geringeren Emissionen zu beschleunigen.

Die EU-Mitgliedstaaten haben nun bis zum 12. Januar Zeit, den Entwurf zu kommentieren. Seine Umsetzung kann nach Angaben der EU-Kommission nur verhindert werden, wenn sich mindestens 20 EU-Staaten zusammenschließen, die mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU vertreten, oder mindestens 353 Abgeordnete im EU-Parlament. Dies gilt allerdings als unwahrscheinlich, da sich neben Deutschland lediglich Länder wie Österreich, Luxemburg, Dänemark und Portugal klar gegen eine Aufnahme der Atomkraft aussprechen und auch eine ausreichend große Mehrheit gegen die geplanten Gasregeln nicht in Sicht ist. In Italien drängt die Regierungspartei Lega nun sogar zu einem neuen Referendum zu einem Wiedereinstieg in die Kernkraft.

Österreich kündigt Klage an

Zumindest Österreich will allerdings nichts unversucht lassen, um den Vorstoß doch noch zu stoppen, und droht mit einem Gang vor den Europäischen Gerichtshof. „Sollten diese Pläne so umgesetzt werden, werden wir klagen“, kündigte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler an. Ausgangspunkt könnte dabei ein Rechtsgutachten sein, wonach Atomkraft laut der Taxonomie-Verordnung nicht den Anforderungen an eine nachhaltige Investition entspricht.

Ob sich Deutschland einer Klage anschließen würde, ist unterdessen fraglich. Habeck teilte am Wochenende lediglich mit: „Eine Zustimmung zu den neuen Vorschlägen der EU-Kommission sehen wir nicht.“ Von einem Engagement gegen den Kommissionsvorschlag war nicht die Rede.

(dpa) 3/1/2022

3. Deutschland stellt Atomkraftwerke ab und muss dafür Kernkraftwerke in der EU finanzieren

Pünktlich zur Jahreswende hat Deutschland die vergleichsweise modernen und leistungsfähigen Atomkraftwerke in Brokdorf (Schleswig-Holstein), Grohnde (Niedersachsen) und Gundremmingen (Bayern) stillgelegt. Am Abend des 31.12.2021 wurden die Kabel in die Netze gekappt. Und pünktlich am späten Abend des 31.12., und sage keiner, die Bürokratie würde irgendwann ruhen, hat die EU-Kommission ein Entschlusspapier verschickt, wonach Atom und Gas in die sogenannte Taxonomie aufgenommen werden sollen. Es geht um eine Art Öko-Siegel. Investoren wie Fondsgesellschaften können sich dann zukünftig damit rühmen, dass sie „grün“, „ökologisch“ und „nachhaltig“ investieren, wenn sie Gelder in den Bau von Atomkraftwerken investieren. Gleichzeitig ist die Taxonomie-Verordnung Voraussetzung dafür, dass Atomkraftwerke über den „Green Deal“ der EU und auch der Europäischen Zentralbank gefördert werden können. Dabei geht es um viel Geld. Rund 1.000 Milliarden Euro will die EU bis 2050 in den kohlenstofffreien Umbau der europäischen Wirtschaft investieren; Deutschland ist daran mit rund einem Viertel beteiligt.

Kernkraft hier aus – nebenan neu gebaut

Das bedeutet: Während Deutschland aus der Kernkraft aussteigt, wird Geld aus dem deutschen Haushalt und von Sparern und Investoren gezielt in den Ausbau der Kernkraftwerke in den Nachbarstaaten investiert.

Neue Kernkraftwerke werden in Frankreich gebaut, was diese Technologie aktiv vorwärts treibt und die Entscheidung zur Taxonomie massiv beeinflusst. In den Niederlanden hat die neue Regierungskoalition Mitte Dezember beschlossen, zwei neue Kernkraftwerke zu bauen, weil „die Niederlande ein wohlhabendes Land sind, das sich zum Ziel gesetzt hat, beim Übergang zu einer grünen Wirtschaft eine führende Rolle in Europa einzunehmen.“: Erstmals will auch Polen ein Kernkraftwerk an der Ostsee nahe der deutschen Grenze errichten, ebenso wie Tschechien seinen Atomkraftwerkspark erweitern will. Selbst Italien erwägt den Einstieg, obwohl es wegen der Erdbebengefahr bislang kein Kernkraftwerk betreibt. Aber das soll sich ändern.

Am 1. Dezember haben Frankreich und Italien zudem einen Freundschaftspakt geschlossen. Solche Verträge sind innerhalb der EU eigentlich überflüssig, aber dieser Vertrag hat das Ziel, in der Energiepolitik gemeinsam zu investieren und sich den Zugriff auf EU-Mittel zu sichern. Über den „Green Deal“ und das „Recovery-Projekt“ im Jury – Oral LM I Allemand – CESS Général, technique et artistique de transition – Cycle 2021-2022/2

Zuge der Corona-Krise, verfügt die EU erstmals über massive Finanzmittel. „Frankreich und Italien machen sich Deutschland dienstbar“, kommentiert der Verfassungsjurist und Finanzwirtschaftler Markus C. Kerber das Bestreben, Deutschland noch stärker in die Finanzierung dieser Länder einzubeziehen, wobei Kernkraft dabei ein Zukunftsfeld für Wachstum und Investition sein wird: Es ist schon mehr als eine symbolische Ohrfeige für die rotgrün-gelbe Ampelkoalition. Sie zeigt, dass sich viele europäische Nachbarn durch die deutsche Energiepolitik bedroht fühlen.

Auch der Gashahn wird abgedreht

Die fortschreitende Krise der deutschen Energiewirtschaft bringt über die gemeinsamen Leitungsnetze alle Länder in Gefahr. Denn längst sind Europas Stromnetze, auch die von Nicht-EU-Staaten eng miteinander verbunden, erklärt der spanische Energieexperte Antonio Maria Turiel, wobei Deutschland im Zentrum auch der Schwachpunkt des Systems ist: „Die Kombination aus beidem – viele Erneuerbare auf einer sehr großen Fläche und ein großer Verbund von Hochspannungsnetzen – macht das System instabiler.“

Aber weil das nicht reicht, hat die EU noch eine zweite Ohrfeige für Deutschland parat: Gas, worauf Deutschland faktisch seine Energieversorgung künftig fast ausschließlich stützen will, soll nur noch dann in der Taxonomie bleiben, wenn es spätestens ab 2035 aus erneuerbaren Quellen stammt oder besonders niedrige Emissionen aufweist – was für russisches Erdgas angesichts der Produktionsbedingungen und langen Transportwege nicht zutrifft. Damit zerschlägt die EU auch die zweite Säule der geplanten deutschen Energieversorgung.

Bleibt die Frage: Hat die Ampel eine solche Entscheidung verschlafen? Denn von ihrer geplanten Strategie, Strom aus Wind und Solar zu gewinnen und Gas als Rückgrat einzusetzen, bleibt nichts mehr übrig. Klar ist: Sie wusste Bescheid. So polterte Sven Giegold, umstrittener grüner EU-Abgeordneter und neuerdings Staatssekretär im Wirtschafts- und Energieministerium schon im November, dass durch die Taxonomie-Regelung grüne Finanzprodukte entwertet werden würden, die doch eigentlich den grünen Deal in Europa voranbringen sollten. Investitionen würden dann nicht mehr in Windräder und Photovoltaikanlagen, sondern in neue Kernkraftwerke fließen. So würden die so schönen Green-Tech-Aktien an Wert verlieren.

Ist der Wählerbetrug geplant?

Nun soll es schnell gehen. Noch in diesem Monat will die EU-Kommission die ergänzende Rechtsverordnung im Januar 2022 förmlich annehmen. Parlament und der Rat der EU haben dann maximal sechs Monate Zeit, die Taxonomie zu analysieren und gegebenenfalls Einwände dagegen zu erheben. Der Rat kann mit mindestens 72 Prozent der Mitgliedstaaten, also mindestens 20 Mitgliedstaaten, die mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten, Einwände gegen den delegierten Rechtsakt erheben. Im EU-Parlament reicht eine einfache Mehrheit für Einwände. Falls keine eingehen, kann die Taxonomie in Kraft treten. Auf Deutschlands Seite stehen Spanien, Österreich, Dänemark und Luxemburg, die sich im Juli 2021 dagegen aussprachen, Atomkraft bei Investitionen zu begünstigen.

Doch die von Deutschland angeführte Front der Nein-Sager ist zu schwach, sich gegen die Taxonomie-Regelung zu wehren.

Oder spielt die Ampel ein doppeltes Spiel: Längst weiß jeder halbwegs Vernünftige, dass mit Sonne und Wind keine Wirtschaft im modernen Sinne betrieben werden kann. Weil die Ampel aber nicht die Kraft hat, ihren Kurs zu ändern und dafür vor den Wählern geradezustehen, deren Heimat durch immer neue Windparks sinnlos und zwecklos zerstört wird, lagert sie die Kernkraft einfach in die Nachbarstaaten aus.

Es wäre ein Wählerbetrug in allerhöchstem, geradezu historisch einmaligem Ausmaß. Denn die Wähler zahlen dreifach: Sie werden umstellt von neuen Kernkraftwerken, die sie über den deutschen Beitrag zum EU-Haushalt und über den Stromimport finanzieren müssen. Ihre eigenen Kraftwerke dagegen werden sinnlos zerstört und mit Milliardenbeträgen jahrelang abgebaut. Grüne Wirtschaft eben.

Roland Tichy 2.Januar 2022

4. Nicht ohne mein Auto. Jetzt erst recht nicht.

Larissa Fusser 28/11/2021

„In Berlin braucht man doch kein Auto!“, sagt eine Kommilitonin zu mir. Zusammen mit ein paar anderen Studenten guckt sie mich irritiert bis streng an. Ich hatte angeboten, meine Kollegen ein Stück mit meinem kleinen Flitzer mitzunehmen. Unsere Uni verteilt sich auf drei Standorte, manchmal müssen wir am selben Tag zwischen den verschiedenen Campus wechseln. Ein junger Mann mit Häkelmütze schnaubt – ob es ein Lachen oder ein Zeichen der Ablehnung war, kann ich durch seine Maske nicht erkennen. „Ich fahre viel lieber Fahrrad“, sagt er – die anderen stimmen ihm betont nickend zu. „Auch bei Regen und Schnee?“, frage ich. „Ja klar, auch bei Regen“, sagt der Anfang dreißigjährige Familienvater, der auf den letzten Drücker noch Hautarzt werden möchte, und erklärt: „Ich habe mir erst neulich neue Regenklamotten gekauft, das geht klar. Nur bei Schnee ist es kritisch – da fahre ich dann U-Bahn.“ Allgemein zustimmendes Gemurmel. „Wohnst du so weit weg?“, fragt mich eine blonde Studentin und guckt mich an, als sei das der einzige legitime Grund, in Berlin ein Auto zu besitzen. „Nö“, antworte ich. „Ich fahre einfach gern Auto. Ich mag es, bei Regen überall trocken hinzukommen und bei Kälte meine Autoheizung anmachen zu können. Außerdem wohne ich in einer Gegend, in der man nachts lieber nicht ohne Auto unterwegs ist.“ Allgemeine Stille. Themenwechsel.

Als Studentin, die nicht auf der grün-linken Welle mitreitet und dadurch eh öfter unter Gleichaltrigen aneckt, bin ich so ein Gemecker schon gewohnt. Gerade als junger Mensch wird man in der Hauptstadt gerne mal schräg angeguckt, wenn man erzählt, dass man mit dem Auto gekommen ist. Manchmal blitzt auch etwas Verachtung in den Augen eines Gesprächspartners auf. Ich wurde schon mal von einem Studenten gefragt, ob ich etwa zu diesen „Klimaleugnern“ gehöre. Denn wie sonst, hat er sich wohl gedacht, könnte ich es mit meinem Gewissen vereinbaren, rücksichtslos Abgase in die Luft zu ballern.

Das ganze grüne Gehabe wäre mir ja ziemlich egal, gäbe es nicht ein Problem: der Autohass hat in Berlin inzwischen System. Schon seit Jahren wird hier unter der Rot-Rot-Grünen Regierung Autofahren immer drastischer erschwert. Eine Zeit lang ging das nur schleichend voran: Hier wurde mal eine 30er-Zone errichtet, da ein Radweg vom Gehsteig auf die Straße verlegt. Doch seit Beginn der Corona-Pandemie haben die Autohasser im Berliner Senat bei ihrem augenscheinlichen Plan, Autofahrer aus Berlin zu verdrängen, drei Gänge hochgeschaltet.

Als ich nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 endlich mal wieder länger durch die Stadt cruiste, habe ich meinen Augen nicht getraut: Plötzlich waren auf vielen zwei- bis dreispurigen Hauptstraßen dicht hintereinander Baustellenabsperungen platziert worden – über lange Strecken machten diese eine Autospur unbefahrbar. Die Berliner Politik hatte in einer man kann schon sagen Guerilla-Aktion die

berüchtigten Pop-up-Radwege geschaffen. Oft war auf dreispurigen Straßen zusätzlich eine zweite Spur durch eine Baustelle blockiert. Resultat: Aus großen Hauptstraßen, auf denen Autos je nach individueller Angst vor Blitzern zwischen 50 und 70 km/h gefahren waren, sind nun ständig zugestaute Schneckenwege geworden.

Abgesehen von dem seitdem garantiert signifikant gestiegenen Blutdruck bei Autofahrern, hat sich schnell ein anderes, im Zweifelsfall lebensbedrohliches, Problem gezeigt: Die neuen Straßen sind so eng, dass es absolut unmöglich geworden ist, Rettungsgassen für Krankenwagen zu bilden. Bis heute passiert es mir immer wieder, dass ich in einer dieser verunstalteten engen Straßen stehe, von hinten einen Krankentransport kommen höre und mich einfach nicht bewegen kann. Links das Baugitter aus Metall, rechts der Pop-up-Radweg, der inzwischen mit Pollern und anderen massiven Begrenzungen derartig fest installiert ist, dass ein Auto auch im Notfall nicht auf sie fahren kann. Ich will nicht wissen, wie viele Krankenwagen wegen dieser unmöglichen Straßenführung schon zu spät zum Verletzten oder ins Krankenhaus gekommen sind. Bekanntlich zählt bei Notfalleinsätzen manchmal jede Sekunde, um einen Patienten am Leben halten zu können.

Doch die Hauptstraßen sind nicht das einzige Kampfgebiet der Auto-Gegner. In mehreren Bezirken in Berlin sieht man inzwischen mitten auf Kreuzungen oder am Anfang von kleinen Straßen Metall-Poller stehen. Immer mehr Straßen werden dadurch unbefahrbar gemacht. Bei mir in der Nähe gibt es eine Straße, die durch so einen Poller plötzlich zur Fußgängerzone gemacht wurde. Seitdem stehen da Tischtennisplatten, auf denen nie jemand Tischtennis spielt und Bänke, die meistens von Obdachlosen belegt sind. Ein paar Meter weiter kann man bewundern, wie die Berliner Politik systematisch Parkplätze reduziert und damit Autofahrer zwingt, entweder weiter weg zu parken oder ordentlich Kohle für die Begleichung von Strafzetteln auszugeben.

Die Berliner Autofahrer können sich auf noch mehr Wutanfälle einstellen

In einigen Berliner Straßen, auch bei mir um die Ecke, sind inzwischen meterlange Blumenkübel auf Parkplätzen errichtet worden, die keine andere Funktion haben, als dort Parken unmöglich zu machen. Anderswo blockieren zunehmend Holzbänke, große Steine, Fahrradständer und vieles mehr die Parkplätze – die Liste der Parkplatz-„Verschönerungen“ ist lang.

Diese massiven Eingriffe in die Straßenführung und den Verkehr durch die Politik sind in den letzten anderthalb Jahren so dreist geworden, dass ich vor zwei Monaten noch eine gewisse Hoffnung hatte, dass die Berliner endlich genug vom Autohasser-Terror ihrer Rot-Rot-Grünen Regierung haben und ihr Kreuz bei der Landtagswahl im Oktober 2021 bei einer autofreundlicheren Partei setzen. Doch Pustekuchen – SPD, Grüne und Linke haben zusammen wieder 54 Prozent der Zweitstimmen bekommen und können damit weiter regieren.

Die Berliner Autofahrer können sich also darauf einstellen, noch mehr Wutanfälle in ihren mobilen vier Wänden zu bekommen. Denn natürlich schreiben sich die Regierungsparteien den Kampf gegen das Auto auch in der neuen Legislaturperiode auf die Fahne. Sie selbst nennen das natürlich anders – im aktuellen Sondierungspapier des neu gewählten Senats haben sich SPD, Grüne und Linke zum Beispiel „zu einer gerechten Verteilung der Flächen des öffentlichen Raumes“ bekannt. Ebenso wollen sie unter anderem das Berliner Mobilitätsgesetz unterstützen. Klingt erst einmal gar nicht so wild – aber dieses 2018 durch das Abgeordnetenhaus von Berlin beschlossene Gesetz besagt nicht weniger, als dass in Zukunft bei der Verkehrsplanung Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel vorrangig vor dem Autoverkehr behandelt werden müssen.

Welche konkreten Verkehrsmaßnahmen die neue Berliner Regierung beschließen wird, ist noch offen. Guckt man sich aber die Wahlprogramme an, mit denen unsere Regierungsparteien zur Landtagswahl angetreten sind, kriegt man das Gruseln. Grüne und Linke schämen sich nicht, offen anzukündigen, dass sie bis 2030 komplett den Benziner (und damit auch meinen treuen täglichen Begleiter) aus Berlin verbannen wollen. Die Linken planen das umzusetzen, indem ab 2030 keine Verbrenner mehr zugelassen werden sollen (entsprechend dürften die Besitzer eines Verbrenner-Autos dieses aber noch weiter fahren). Das ist den Grünen zu nett – sie wollen ab 2030 einfach sämtliche Verbrenner in der Innenstadt verbieten, ab 2035 sollen in ganz Berlin keine Verbrenner mehr erlaubt sein. 2030 – das ist schon in neun Jahren. Da bin ich gerade mal mit meiner Facharztausbildung fertig. Ich werde zur Arbeit und, wer weiß, vielleicht irgendwann mal meine Kinder zur Schule fahren müssen. Das soll ich laut den Grünen Diktatoren dann mit Fahrrad und Öffis machen. Den Teufel werd ich tun, schutzlos als Frau durch die immer gefährlicheren und versiffteren Straßen Berlins zu fahren – da müssen sie mich schon abholen und auf einem E-Bike festbinden.

Und was ist mit dem Wahlsieger, der Giffey-Partei? Im Wahlprogramm der SPD liest man angenehm wenig irre Verkehrspläne, ein Bekenntnis zum Verbrenner oder Autos allgemein fehlt aber auch. Bedeutet: Die zukünftige Verkehrspolitik in Berlin ist wahrscheinlich davon abhängig, wie gut sich Grüne und Linke mit ihren radikalen Forderungen gegen eine indifferent wirkende SPD durchsetzen können. Wetten werden angenommen. Ich überlege indessen, einen Unternehmen aufzubauen, das Stressbälle, Aggression- Bewältigungs-Musik und Boxsäcke speziell für Autofahrer vertreibt. Wer weiß, vielleicht kann ich mir mit meinen Einnahmen ja dann irgendwann einen Helikopter leisten, von dem ich genüsslich meinen Arztkollegen auf dem Lastenfahrrad zuwinken kann.

5. Selbstdistanzierung

Alexander Grau 06.01.2022

Neue Zürcher Zeitung

Niemand hat gesagt, was er gesagt hat, und wenn doch, war es nicht so gemeint: Alle distanzieren sich dauernd von sich selbst. Eigene Meinung? Lieber nicht!

Eine Krankheit geht um in Europa – die Selbstdistanzierung. Zur eigenen Meinung stehen wird schwierig, wenn sich gerade die Meinungsstarken von der Inquisition des richtigen Meinens beeindrucken lassen.

Eine Epidemie hat die westlich geprägte Welt fest im Griff. Es ist eine Epidemie des Geistes und des Charakters. Das macht sie so schwer zu bekämpfen. Ausgehend von den USA und England hat sie sich in den letzten Jahren auf dem europäischen Festland ausgebreitet. Um den Süden Europas hat sie bisher einen Bogen gemacht. Frankreich stemmt sich mutig gegen sie. Doch in den deutschsprachigen Ländern und in Skandinavien wütet sie erheblich. Die Rede ist von der Distanzeritis.

Die Distanzeritis ist eine heimtückische Erkrankung. Manchmal scheint sie sogar symptomfrei zu verlaufen. Das macht sie so ansteckend. Die Patienten bemerken gar nicht, wie infiziert sie sind, und verbreiten allein durch ihr unachtsames Verhalten den Keim des Sichdistanzierens in unserer Gesellschaft. Ohne jeden Grund, getrieben von sozialen Ängsten, distanzieren sie sich von eigenen Aussagen, von einzelnen Formulierungen oder sogar von Freunden oder Menschen, mit denen sie einmal zusammengetroffen sind.

Den kritischen Tweet zur Impfkampagne? Hat man gar nicht so gemeint. Die Bemerkung zur Diversitypolitik? Ist falsch verstanden worden, und für den missverständlichen Beitrag zu Fridays for Future entschuldigt man sich nachdrücklich. Man distanziert sich von Verlagen und Zeitschriften. Von Kollegen. Von der eigenen Vergangenheit. Im Grunde distanziert man sich von sich selbst. Die Distanzeritis, sie ist eigentlich eine Variante des Persönlichkeitsverlustes.

Mit Asche auf dem Haupt

Wie bei jeder Infektionskrankheit, so gibt es auch bei der Distanzeritis Risikogruppen. Gefährdet sind zunächst Opportunisten. Allerdings schwenken die ihr Fähnchen zumeist so rechtzeitig in den Wind des richtigen Meinens, dass bei ihnen die Gefahr, sich von irgendeiner Aussage oder Ansicht distanzieren zu müssen, erst gar nicht aufkommt. Der Opportunist genießt daher zumeist eine Art natürliche Immunität.

Die eigentliche Hochrisikogruppe sind die Vorlauten. Solange sie unter ihresgleichen sind, solange sie sich unbeobachtet fühlen, formulieren sie ungestüm, frech und gern auch provokativ. Doch wehe, eine ihrer Äußerungen gelangt in die Öffentlichkeit. Oder sie verzwitschern sich im Eifer des Gefechts bei Twitter. Dann steigt Panik in ihnen hoch. Dann greift die kalte Hand der Isolationsfurcht nach ihrer Kehle. Umgehend

distanzieren sie sich dann von allem und jedem und sicherheitshalber auch noch von viel mehr.

Jammernd klagen sie sich dann in der Regel selbst an. Dass sie nicht selbstkritisch genug waren. Dass sie unsensibel waren gegenüber einer Minderheit oder gegenüber den Gefühlen Benachteiligter. Mit Asche auf dem Haupt beginnen sie einen medialen Bußgang. Auf ihm beschwören sie die Öffentlichkeit, ihnen zu glauben, dass sie keine schlechten Menschen sind, keine Sexisten, keine Rassisten, keine Corona-Schwurbler und Hassrede aus tiefstem Herzen ablehnen.

Die Besorgten und Empörten

Doch es hilft alles nichts. Die Inquisition des richtigen Meinens und der richtigen Sprache ist so leicht nicht zu beeindrucken. Einmal falsch Zeugnis abgelegt, und man steht unter der Dauerobservation der Besorgten und Empörten. Sie sind der eigentliche Krankheitsherd. Von ihnen breitet sich die Infektion in immer neuen Wellen aus.

Kaum ist man der Meinung, dass endlich das Vakzin des gesunden Menschenverstandes seine Wirkung tun müsse, so rollt aus dem Lager der Beleidigten, Betroffenen und Entrüsteten eine neue Infektionswelle heran und treibt einmal mehr Menschen dazu, sich von Gedanken und Worten zu distanzieren, die sie irgendwo einmal gedacht oder gesprochen haben.

Neben den Vorlauten und Unvorsichtigen gelten insbesondere die Scheinmutigen als hochvulnerable Gruppe. Sie tönen im stillen Kämmerlein und im engen Freundeskreis gegen Cancel-Culture und Political Correctness. In jedem privaten Kreis, in dem sie sich sicher und unbeobachtet fühlen, streiten sie für Meinungsfreiheit, auch für umstrittene Personen oder Parteien. Jederzeit sind sie bereit, demokratische Werte zu verteidigen. Meinungsfreiheit ist ihnen ein hohes Gut.

Ja nichts falsch machen

Das gilt zumindest bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Einsatz für die Meinungsfreiheit seinen Preis haben könnte. Denn spätestens wenn die Scheinmutigen ihren privaten Schutzraum verlassen, ist es mit ihrer Entschlossenheit vorbei. Über die Jahre haben sie ein Sensorium dafür entwickelt, was man außerhalb der Privatsphäre sagen kann und was nicht. Also schweigen sie im Zweifelsfall lieber, um sich die Karriere nicht zu verbauen, die Kinder nicht sozial zu isolieren oder Freundschaften nicht zu gefährden. Wer weiß, wie die Latte-macchiato-Mama der Freundin der Tochter reagiert, wenn man die Impfpflicht kritisiert oder eine ironische Bemerkung zum Pride Month macht.

Die Scheinmutigen, so lässt sich vermuten, sind die eigentlichen Treiber der Distanzeritis-Epidemie. In der Hoffnung, ja nichts falsch zu machen, versuchen sie ängstlich das ideologische Klima ihres jeweiligen sozialen Umfelds zu antizipieren. Natürlich würden sie das so nie sagen. Doch der Mut zur freien Rede verlässt sie außerhalb der vertrauten Zirkel schnell. Man will schließlich seine Ruhe haben.

Passiert dann doch einmal aus einer Ungeschicklichkeit heraus, aus Übermut oder beim dritten Glas Wein ein politischer Verballapsus, rudert der Scheinmutige umgehend zurück. Er sei missverstanden worden, verkündet er dann. So sei das nicht gemeint gewesen. Niemals würde er eine solche Meinung vertreten. Auch von verdächtigen Begegnungen oder Bekanntschaften distanziert er sich umgehend. Dass politisch anrühige Personen seinen Tweet retweetet hätten, sei ärgerlich. Umstrittene Kommentare unter einem selbst erstellten Youtube-Video ein Missverständnis.

Signal: verheerend

Die Infektiosität der Distanzeritis durch den Scheinmutigen ist besonders hoch, weil er vielen als Vorbild dient. Sein beherztes Einschreiten für Meinungsfreiheit und gegen jede Form der Cancel-Culture macht ihn zum Maßstab. Wenn dann sogar eine solch glaubwürdige Person einknickt, scheint das Anliegen der Woken und Übersensiblen doch berechtigt sein.

Wie verhängnisvoll die öffentlich inszenierte Reue der Scheinmutigen ist, konnte man sehr schön im Frühjahr in Deutschland beobachten, als sich unter dem Hashtag #allesdichtmachen über fünfzig Schauspieler satirisch bis kritisch zu den Corona-Maßnahmen der Regierung äußerten. Es dauerte keine 24 Stunden, bis die ersten begannen, ihren Beitrag zurückzuziehen. Mittlerweile hat die Hälfte der Beteiligten ihre Statements gelöscht. Das Signal: verheerend. Denn woher soll der Durchschnittsbürger den Mut nehmen, Zivilcourage zu zeigen, wenn schon die gut begüterte Medienprominenz einknickt?

Die Epidemie der Distanzeritis muss bekämpft werden. Sie bedroht die Vielfalt unseres Gemeinwesens und die Demokratie. Die Kriterien, wer sich wann, wo und von wem zu distanzieren hat, werden der Mehrheitsgesellschaft von einer vergleichsweise kleinen Gruppe von Social-Media-Aktivisten oktroyiert. Deren verzerrte Maßstäbe können aber nicht die Leitlinien der Verständigung in einer demokratischen Gesellschaft sein.

Viel zu lang schon lässt sich die liberale Mehrheit der Bürger von einer radikalen Minderheit ebenso übersensibler wie aggressiver Aktivistinnen Sprachregeln und Verhaltensnormen diktieren. Demokratie lebt von Robustheit, Standhaftigkeit und Respekt vor klaren Meinungsäußerungen, nicht vom kleinlauten Einknicken gegenüber den empörungsbereiten Inquisitoren mit dem flinken Twitter-Daumen.

Alexander Grau ist Philosoph und Autor und lebt in München.